

Kommunalwirtschaft in Ostdeutschland zwischen Markt und Staat

*Peter Haug**

1 Einleitung

„Wir sind (wieder) da“, so beginnt der Titel eines Beitrags für einen 2007 erschienenen Festschriftband.¹ Und obwohl sich der fragliche Aufsatz nur auf die Stadtwerke in Ostdeutschland bezieht, gilt dieser Satz seit 1990 im Prinzip auch für die übrigen kommunalen Betriebe sowie für die ostdeutschen Kommunen² überhaupt. Zwar kann die Transformationsphase mit ihrem erklärten Ziel der Übertragung westdeutscher Kommunalstrukturen auf Ostdeutschland im Rückblick nur als abenteuerlich bezeichnet werden. Es ist jedoch nicht das Anliegen dieses Beitrages, ausschließlich diese Zeit hier Revue passieren zu lassen. Vielmehr geht es darum, den Blick für die aktuellen spezifischen Probleme und Besonderheiten der ostdeutschen Kommunalwirtschaft zu schärfen und vor allem ihre finanz- wie regionalwirtschaftliche Bedeutung aus volkswirtschaftlicher Sicht kritisch zu hinterfragen. Dies soll auch der Versachlichung der seit Jahren äußerst emotional geführten politischen Diskussion um die Kommunalwirtschaft und die so genannte „Daseinsvorsorge“ dienen.³

Der Beitrag gliedert sich wie folgt: In Abschnitt 2 wird kurz aus ordnungspolitischer und finanzwissenschaftlicher Sicht angerissen, unter welchen Voraussetzungen und auf welche Weise der Staat überhaupt in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen sollte. Außerdem wird die Frage aufgeworfen, wann die Ebene der Kommunen respektive kommunale Unternehmen mit diesen Markteingriffen betraut werden sollten. In den Abschnitten 3.1 bis 3.3 werden einige zentrale Punkte der Transformationsphase für die Kernbereiche der kommunalen Wirtschaftstätigkeit (Energie- und Wasserversorgung, Abwasser, Wohnungswirtschaft und Sparkassenwesen) herausgearbeitet sowie auf aktuelle Problemlagen der Kommunalwirtschaft und Anreize speziell für ostdeutsche Kommunen zur wirtschaftlichen Tätigkeit eingegangen. Die Kommunalwirtschaft im Sinne der aus

* *Dr. Peter Haug*, Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Abteilung Stadtökonomik.

1 Vgl. *Walter* (2007).

2 Soweit nicht anders angegeben, werden aus Gründen der sprachlichen Vereinfachung im Folgenden unter dem Begriff Kommunen die Landkreise, die kreisfreien Städte, die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie die kommunalen Vereinigungen in Form von z. B. Verwaltungsverbänden, Verwaltungsgemeinschaften, Samt- und Verbandsgemeinden oder Zweckverbänden subsumiert.

3 Man kann es jedenfalls kaum als guten Stil bezeichnen, wenn sich z. B. Kritiker der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen aus dem Bereich der Volkswirtschaftslehre vom Hauptgeschäftsführer des Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU) als „neoliberale Wiedergänger“ beschimpfen lassen müssen. *Schöneich* (2007), S. 11.

dem Kernhaushalt ausgelagerten kommunalen Organisationseinheiten am Beispiel Sachsens steht sodann im Zentrum von Abschnitt 4. In diesem Kontext wird neben der Struktur primär ihre finanzwirtschaftliche und regionalwirtschaftliche Bedeutung behandelt. In Abschnitt 5 werden die Ergebnisse noch einmal zusammengefasst sowie wirtschafts- und finanzpolitische Schlussfolgerungen gezogen.

2 Wann soll die Kommune wirtschaftlich tätig werden? Die finanzwissenschaftliche Perspektive

Aus ökonomischer Sicht stellt jede Form der kommunalen Aufgabenwahrnehmung, bei der knappe Ressourcen zur Produktion oder Bereitstellung von Sachgütern und Dienstleistungen verwendet werden, eine wirtschaftliche Betätigung der Kommunen bzw. Kommunalwirtschaft im weitesten Sinne dar. Die Kommune „wirtschaftet“ bzw. ist „wirtschaftlich tätig“, und zwar unabhängig davon, ob für die jeweiligen Leistungen direkte Entgelte erhoben werden.⁴ Wesentlich enger gefasst wird die Begriffsdefinition im Kommunalrecht und von Vertretern der öffentlichen Betriebswirtschaftslehre, wonach zur Kommunalwirtschaft bzw. zu den wirtschaftlichen Unternehmen der Kommunen nur Einrichtungen gezählt werden, die Leistungen erbringen, welche auch von Privatunternehmen mit der Absicht der Gewinnerzielung betrieben werden könnten.⁵

Ob die Kommunen überhaupt (im weitesten Sinne) wirtschaftlich tätig werden sollten, hängt aus Sicht der Finanzwissenschaft von der Beantwortung folgender Leitfragen ab:

- a) Soll der Staat überhaupt tätig werden, d. h. liegen Marktversagen oder Marktunvollkommenheiten vor allem allokativer oder distributiver Art vor?⁶
- b) Auch wenn Marktversagen in der marktwirtschaftlichen Realität eher die Regel als die Ausnahme ist, stellt sich die Frage, ob der Staatseingriff in den Markt aus einer Kosten-Nutzen-Perspektive angemessen ist: Führen staatliche Interventionen aufgrund von Informationsmängeln oder eigennützigem Verhalten der Politiker und Bürokraten zu zusätzlichen Wohlfahrtsverlusten („Marktversagen versus Staatsversagen“)?⁷ Welche möglichst marktkonforme Form des Markteingriffs ist zu wählen:

⁴ Die Entgelterhebung für die erbrachten Leistungen ist demgegenüber das zentrale Definitionskriterium der Kommunalwirtschaft in Gablers Wirtschaftslexikon, vgl. *o. A.* (2010).

⁵ Vgl. z. B. *Cronauge, Westermann* (2003), S. 154, RZ 241 bzw. noch enger gefasst in Abgrenzung zum so genannten „Hoheitsbetrieb“ *Cronauge, Westermann* (2003), S. 154-157, RZ 242-244.

⁶ Zum Thema Marktversagen vgl. z. B. *Fritsch et al.* (2007) oder die finanzwissenschaftliche Lehrbuchliteratur.

⁷ Zum in diesem Kontext auftretenden Prinzipal-Agenten-Problem zwischen Wählern, Politikern und Bürokraten vgl. z. B. *Blankart* (2001), S. 489 ff. Ein Standardwerk zur Public-Choice-Theorie ist *Mueller* (2003). Politökonomische Aspekte speziell mit Bezug auf kommunale Unternehmen behandeln *Döring, Wohltmann* (1999), S. 61-63.

Muss es unbedingt die staatliche Produktion der fraglichen Güter sein oder genügt auch eine staatliche Regulierung der privaten Anbieter?

- c) Können die Punkte a) (Marktversagen liegt vor) und b) (ein staatlicher Eingriff in das Marktgeschehen ist angemessen) positiv beantwortet werden, ist zu klären, welche staatliche Ebene in einem föderativen Staat wie der Bundesrepublik mit dem Markteingriff betraut werden soll. Aus Sicht der Theorie des Fiskalföderalismus bietet sich die kommunale Ebene beispielsweise bei Gütern mit einem räumlich begrenzten, lokalen Nutzerkreis an.⁸
- d) Erst wenn die Aufgaben- und Ausgabenverteilung auf die jeweiligen staatlichen Ebenen geklärt ist, geht es um die Frage nach der geeigneten Finanzierung: Finanzierung über lokale Steuern oder Gebühren? Unter welchen Umständen und in welchem Umfang sind Transferzahlungen von übergeordneten Gebietskörperschaften gerechtfertigt?⁹

Eine umfassende und abschließende normative Bewertung des aktuellen Gesamtspektrums der kommunalen Tätigkeit in Deutschland kann an dieser Stelle nicht geleistet werden.¹⁰ Während viele hoheitliche Aufgaben der Kommunen nicht zur Disposition stehen, lässt sich kommunale Eigenproduktion für nicht-hoheitliche Aufgaben vor allem in Bereichen rechtfertigen, die durch hohe Transaktionskosten (z. B. Kosten der Marktbennutzung im weitesten Sinne) und geringe Wettbewerbsintensität gekennzeichnet sind (z. B. Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung). Das gleiche gilt, wenn sich durch die kommunale Produktion und Bereitstellung von Gütern Verteilungsziele effizienter im Vergleich zu anderen Maßnahmen umsetzen lassen (z. B. kommunaler Wohnraum für soziale „Problemgruppen“, die auf dem privaten Wohnungsmarkt auch bei entsprechenden Mietzuschüssen kein Unterkommen finden).

3 Die Kommunalwirtschaft in Ostdeutschland

Abweichend von der sehr weit gefassten Definition des kommunalen Wirtschaftens bzw. der kommunalen Wirtschaftstätigkeit im vorangegangenen Abschnitt konzentrieren sich die folgenden Ausführungen nun auf die Bereiche, die im allgemeinen Sprachgebrauch mit dem Begriff Kommunalwirtschaft in Verbindung gebracht werden.

⁸ Die zwei Grundprinzipien zur Gestaltung eines föderativen Systems unter ökonomischen Aspekten sind das Prinzip der fiskalischen Äquivalenz (nach *Mancur Olson*) und das Subsidiaritätsprinzip. Vgl. dazu *Olson* (1969); *Postlep* (1993); *Zimmermann* (1999), S. 25-58 und S. 73-90.

⁹ Vgl. dazu z. B. *Zimmermann* (1999), S. 119-254.

¹⁰ Siehe dazu z. B. *Haug* (2008); *Scholl, Thöne* (1998); *Döring, Wohltmann* (1999).

3.1 Die Kernbereiche der Kommunalwirtschaft in der Transformationsphase nach 1990 in den Neuen Bundesländern

Genauso wie vieles am aktuellen Aufgabenspektrum der ost- wie westdeutschen Kommunen aus finanzwissenschaftlicher Sicht kritisch bewertet werden muss, ist auch die Transformationsphase (der Prozess der Herausbildung der heutigen Strukturen in der Zeit zwischen 1990 und etwa Mitte der 1990er Jahre) der Kommunalwirtschaft aus heutiger Perspektive kritisch zu sehen. Eine umfassende Darstellung der Vorgänge ist an dieser Stelle allerdings nicht möglich,¹¹ weshalb eine Beschränkung auf einige zentrale Punkte erfolgt:

Zunächst einmal kann man die Phase nach 1990 als „freiwillige Rekommunalisierung“ bezeichnen. „Rekommunalisierung“, weil die Kommunen nun nicht mehr nachgeordnete Verwaltungseinheiten der DDR-Bezirke waren, sondern wieder eigenständige Gebietskörperschaften wurden, denen Aufgaben übertragen wurden, wie sie sie in ähnlichem Umfang auch schon vor 1950 erfüllt hatten. Außerdem war bereits in der Kommunalverfassung der DDR von 1990 und im Einigungsvertrag (Artikel 22) eine Übertragung der zur Aufgabenerfüllung notwendigen Vermögenswerte vorgesehen. Ziel war die Übernahme westdeutscher Strukturen in der ehemaligen DDR, wobei die westdeutschen Kommunalverbände bzw. der Verband Kommunaler Unternehmen (VKU) einen maßgeblichen Einfluss ausübten. „Freiwillig“, weil die Kommunen sich aktiv sowohl um die Übertragung der Aufgaben als auch der Vermögenswerte bemühten.

Dieses aktive Bemühen zeigte sich vor allem im Bereich der Energieversorgung, wo sich die ostdeutschen Kommunen gegen einen Übernahmever such der Stromversorgung durch westdeutsche Regionalversorger (Stromverträge von 1990) zur Wehr setzten und 1991 164 ostdeutsche Städte und Gemeinden per Kommunalverfassungsbeschwerde die Übertragung der Vermögenswerte von den Nachfolgesellschaften der DDR-Stromversorgungskombinaten erzwingen wollten. Nach einer – bis dato in der deutschen Rechtsgeschichte wohl einmaligen – außergerichtlichen Einigung der Prozessbeteiligten 1993 konnten die meisten der Beschwerdeführer nach langwierigen Genehmigungsverfahren (§ 5 Energiewirtschaftsgesetz) bis Mitte der 1990er Jahre ihre eigenen Versorgungsunternehmen betreiben. Am Ende dieses Prozesses stand die Herausbildung der heutigen Stadtwerkestruktur in Ostdeutschland.¹²

Die Aufgaben der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung wurden ebenfalls von der Bezirksebene wieder auf die kommunale Ebene übertragen. Das Ziel war hier vor allem im Abwasserbereich westdeutsche Standards sowohl hinsichtlich der Reinigungs-

¹¹ Eine ausführlichere Darstellung der Transformationsphase der ostdeutschen Kommunalwirtschaft bieten *Gottschalk, Püttner (1998)*. Die Beiträge in diesem Sammelband schildern die Vorgänge weitgehend aus der Perspektive der kommunalen Unternehmen und ihrer Verbände, sowie der von Unternehmensberatern, Juristen und Vertretern der öffentlichen Betriebswirtschaftslehre.

¹² Dazu ausführlicher *Cronauge, Püttner (1998)*.

qualität als auch hinsichtlich des Anschlussgrades an die zentrale Abwasserentsorgung zu erreichen – teilweise ohne Rücksicht auf Wirtschaftlichkeitserwägungen. Der durch massive Transferzahlungen geförderte Ausbau der Kläranlagen und Kanalnetze litt daher in manchen Fällen unter unrealistischen Planzahlen und Mittelverschwendung, was bis heute negative Nachwirkungen hat.¹³

Im Unterschied zur Strom- und Gasversorgung, dem ÖPNV oder dem Wasser- und Abwasserbereich hatte die Organisationsstruktur der Sparkassen die DDR-Zeit relativ unverändert überstanden. Trotz Kontrolle durch die DDR-Staatsbank waren die Sparkassen als Institution weiterhin sichtbar, was ihnen nach der Wende einen erheblichen Wettbewerbsvorteil z. B. gegenüber den sich erst etablierenden Privatbanken brachte.¹⁴

Im Gegensatz zu den bisher genannten Bereichen der ostdeutschen (Wieder-)Kommunalwirtschaft (einschließlich ÖPNV) wies der Wohnungssektor zwei grundlegende Besonderheiten auf, nachdem die ehemaligen Bestände der Kommunalen Wohnungsverwaltungen (KWV) auf kommunale Wohnungsgesellschaften übertragen worden waren: Der Einigungsvertrag (Art. 22 Abs. 4) sah zum einen eine weitgehende Privatisierung der Bestände vor und zum anderen eine Übernahme der DDR-Altschulden. Letztere summierten sich von anfangs 36 Mrd. DM nach einem Zahlungsmoratorium bis Ende 1993 auf 51 Mrd. DM. Diese Altschuldenproblematik bildete – neben dem Prinzip „Rückgabe vor Erstattung“ – eine schwerwiegende Hypothek für die Geschäftstätigkeit der kommunalen Wohnungsunternehmen.¹⁵

3.2 Aktuelle Problemlagen und Charakteristika der ostdeutschen Kommunalwirtschaft

Die aktuelle Situation der ostdeutschen Kommunalwirtschaft ist vor allem durch zwei Probleme gekennzeichnet: demographischer Wandel und (zumindest in einigen Bereichen) Finanzprobleme.

Der demographische Wandel in Form des Bevölkerungsrückgangs bringt vor allem für die leitungsgebundene Infrastruktur (Wasser, Abwasser und Fernwärmeversorgung) Probleme mit sich: Unterauslastung der Anlagen sowie die so genannte „Fixkostenfalle“, d. h., immer weniger Kunden müssen für den kurzfristig nicht reduzierbaren Fixkostenblock vor allem der Leitungsnetze aufkommen. In Kombination mit der bis Mitte der 1990er Jahre betriebenen staatlichen Wohnungsbauförderpolitik führte der Bevölkerungsrückgang zu einem erheblichen Wohnungsüberangebot und damit zu einem entsprechenden Leerstand auch bei den kommunalen Wohnungsunternehmen. Gegen das Leerstandsproblem scheint auch der – wiederum staatlich geförderte – Rückbau von

¹³ Vgl. *Komar* (1997); *Seidel* (1998); *Gruneberg* (1998).

¹⁴ Vgl. dazu *Holtmann* (1998).

¹⁵ Vgl. *Jenkis* (1998).

Wohnungen¹⁶ bisher nicht wesentlich geholfen zu haben. Angesichts der derzeitigen Bevölkerungsprognosen wird weiterhin mit erheblichem Rückbaubedarf gerechnet. Neben den kommunalen Infrastruktur- und Wohnungsanbietern reagieren auch die Sparkassen auf den demographischen Wandel, indem sie ihr stationäres Geschäftsstellennetz immer weiter ausdünnen und stattdessen zunehmend mobile Geschäftsstellen („Sparkassenbusse“) einsetzen.

Unter Finanzproblemen werden neben den traditionell defizitär betriebenen ÖPNV-Betrieben und der Wohnungswirtschaft auch zunehmend die Abwasserbetriebe leiden. Fallstudienberechnungen des IWH hatten beispielsweise ergeben, dass unter Zugrundelegung des regulären Erneuerungsbedarfs erhebliche Finanzierungsprobleme auf die Abwasserbetriebe zukommen werden.¹⁷

Ein wesentliches Charakteristikum der Kommunalwirtschaft in Ostdeutschland ist ihre größere regionalwirtschaftliche Bedeutung im Vergleich zu Westdeutschland, wie z. B. die Ergebnisse einer Untersuchung von Wissenschaftlern der Universität Potsdam (vgl. Tabelle 1) zeigen.¹⁸ Allerdings dürften die ermittelten (echten und unechten) Quoten schon allein deswegen zu gering ausgewiesen sein, weil sich die Analyse auf die Jahresabschlussstatistik öffentlicher Unternehmen beschränkte, in der – aus welchen Gründen auch immer – der Sparkassensektor nicht enthalten ist. Über die Kausalitäten besteht nach wie vor Unklarheit: Ist das größere relative Gewicht eine Folge der Verdrängung privater durch kommunale Anbieter oder eine rein arithmetische Konsequenz der Tatsache, dass der private Unternehmenssektor in Ostdeutschland nach wie vor unterentwickelt ist?

Tabelle 1:
Relative Bedeutung der Kommunalwirtschaft im Ost-West-Vergleich im Jahr 2002

	Anteil Arbeitnehmer kommunale Wirtschaft an Arbeitnehmern Gesamtwirtschaft	Verhältnis Umsatz kommunale Wirtschaft zu Bruttoinlandsprodukt	Verhältnis Zugang Sachanlagen kommunale Wirtschaft zu Bruttoanlageinvestitionen Gesamtwirtschaft
Westdeutsche Flächenländer	2,2%	3,7%	3,4%
Ostdeutsche Flächenländer	3,2%	6,5%	6,2%

Quelle: Richter (2007), S. 133-135.

¹⁶ Allein bis 2007 wurden rund 220 000 Wohneinheiten aus überwiegend kommunalen und genossenschaftlichen Beständen rückgebaut, deren Abriss aus Mitteln des Bund-Länder-Programms „Stadtumbau Ost“ oder diversen Landesprogrammen gefördert worden war. Vgl. z. B. *Aehnelt et al.* (2008), S. 72.

¹⁷ Vgl. dazu z. B. *Haug, Deilmann* (2008).

¹⁸ Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch *Haug* (2003); *Haug* (2009a).

Schließlich muss an dieser Stelle auch auf den Stand der Privatisierung kommunaler Dienstleistungen eingegangen werden. Versuche der Kommunen, private Unternehmen in die Leistungserbringung einzubeziehen (z. B. bei den Stadtwerken) oder sich von nicht unbedingt zu den kommunalen Kernaufgaben gehörenden Bereichen (z. B. Wohnungsunternehmen oder Sparkassen) zu trennen, scheitern im Osten wie im Westen zunehmend entweder am öffentlichen Widerstand (wie zuletzt bei der versuchten Teilprivatisierung der Stadtwerke Leipzig im Jahr 2008) oder an gesetzlichen Hürden.¹⁹ Stattdessen scheint sich nun ein Trend in Richtung erneuter „Rekommunalisierung“ abzuzeichnen, d. h., ungeachtet der problematischen Finanzlage der ostdeutschen Kommunen wird versucht (ohne dass in vielen Fällen eine betriebswirtschaftliche Notwendigkeit dafür genannt wird), z. B. die Beteiligungen privater Energieversorger an den Stadtwerken zurückzukaufen.

3.3 Spezifische Anreize zur kommunalen Wirtschaftstätigkeit in Ostdeutschland

Unabhängig von der rechtlichen Zulässigkeit sind es vor allem drei Anreize, die die wirtschaftliche Betätigung (im engeren Sinne) für die ostdeutschen Kommunen besonders interessant machen.

Zum einen bringt es die niedrigere Steuerkraft pro Einwohner (2006: 48% des westdeutschen Niveaus) bzw. die höhere Transferabhängigkeit (2006: 168% des Westniveaus bei Zuschüssen für laufende Zwecke und 265% bei Zuschüssen für Investitionen)²⁰ mit sich, dass die ostdeutschen Kommunen nach alternativen Einnahmequellen suchen müssen.

Zum anderen wäre es aufgrund der deutlich prekäreren Arbeitsmarktlage in Ostdeutschland für die Kommunalpolitik von Vorteil, wenn die kommunalen Unternehmen – neben den Kernverwaltungen – eine gewisse Entlastung des Arbeitsmarktes bewirkten. Ergänzend dazu treten außerdem die – allerdings nur schwer nachprüfbar – regionalen Nachfrage- und indirekten Beschäftigungseffekte der kommunalen Unternehmen hinzu.

Schließlich: Da Marktanteile von z. T. 25% und mehr der ostdeutschen kommunalen Wohnungsunternehmen am lokalen Mietwohnungsmarkt kaum mehr mit sozialpolitischen Zielen zu rechtfertigen sind, muss seit einiger Zeit die vermeintliche Unentbehrlichkeit kommunaler Wohnungsunternehmen für den Stadtumbau Ost als Argument für deren Existenz erhalten. Ohne die kommunalen Unternehmen (Wohnungs- und Versorgungsunternehmen) ließen sich Stadtumbaukonzepte nur schwer umsetzen.²¹

¹⁹ Als vor einigen Jahren die Stralsunder Sparkasse privatisiert werden sollte, änderte der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern das Landessparkassengesetz, sodass eine Privatisierung faktisch unmöglich gemacht wurde.

²⁰ Zahlen laut *Karrenberg, Münstermann* (2007), S. 79.

²¹ Vgl. z. B. *Riemer* (2006), S. 2.

Aufgrund der Komplexität der Stadtumbauthematik soll auf diesen letztgenannten Aspekt nicht weiter eingegangen werden. Die folgende empirische Analyse am Beispiel Sachsens beschränkt sich daher auf die ersten beiden Punkte.

4 Kommunale Unternehmen in Sachsen

Zur Diskussion der in Abschnitt 3.3 aufgeworfenen Fragen nach den finanzwirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Wirkungen der Kommunalwirtschaft in Ostdeutschland wurde eine Analyse der amtlichen Jahresabschlussstatistik öffentlicher Unternehmen in Sachsen vorgenommen (ergänzt durch vom Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverband bereitgestellte Informationen). Darin enthalten sind alle kommunalen Einrichtungen, die rechtlich und/oder wirtschaftlich unabhängig von der Kernverwaltung sind und folglich nicht in der kommunalen Jahresrechnungsstatistik enthalten sind. Dazu zählen auch die kaufmännisch buchenden Zweckverbände.²² Die Auswertung beschränkt sich auf eine Querschnittsanalyse für das Jahr 2006, da Vergleiche im Zeitablauf wegen der wechselnden Grundgesamtheit der Jahresabschlussstatistik nur mit Einschränkungen möglich sind.

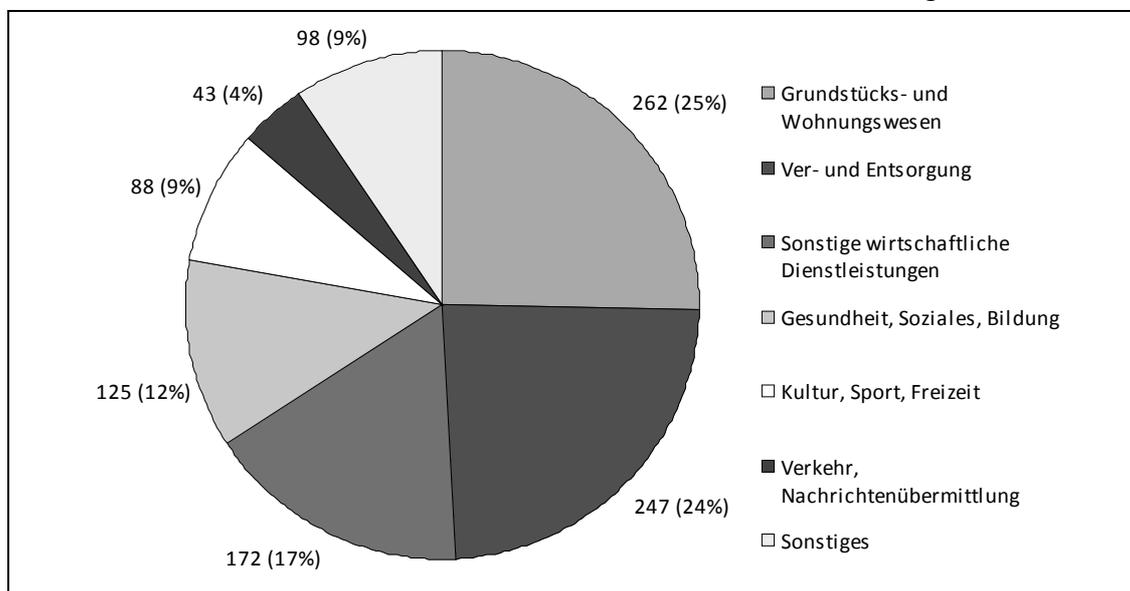
4.1 Struktur der kommunalen Auslagerungen

Die folgende Abbildung 1 zeigt, dass ein Viertel der kommunalen Auslagerungen dem Bereich Immobilienwirtschaft (überwiegend Wohnungsunternehmen) zuzurechnen sind, die zusammen mit den Ver- und Entsorgungsunternehmen knapp die Hälfte der kommunalen Unternehmen ausmachen. Die zunehmende organisatorische Zersplitterung etwa der Stadtwerke sowie die Auslagerung weiterer Einheiten aus dem Kernhaushalt bringt es mit sich, dass eine Vielzahl von kommunalen Unternehmen dem Bereich „Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“ zuzurechnen sind. Dazu zählen neben EDV-Dienstleistungsgesellschaften z. B. Holding-, Beteiligungs-, Betriebs- oder Verwaltungsgesellschaften, die vor allem mit Aufgaben wie Betriebsführung, Planung, Beratung oder Beteiligungsverwaltung befasst sind. Der Bereich „Sonstige“ enthält ein breites Spektrum an Unternehmen, vor allem der Wirtschaftszweige politische Interessenvertretung/sonstige Dienstleistungen, öffentliche Verwaltung, Kredit- und Versicherungsgewerbe²³ sowie 36 Betriebe aus den Bereichen Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Handel und Gastgewerbe.

²² Im Gegensatz dazu sind die kameralistisch buchenden Zweckverbände in der kommunalen Jahresrechnungsstatistik erfasst.

²³ Allerdings fehlen die kommunalen Sparkassen in der Jahresabschlussstatistik vollständig. Was gemäß der Wirtschaftszweigsystematik unter „Kreditgewerbe“ fällt, sind vor allem die Kapitalbeteiligungs- oder Vermögensverwaltungstochtergesellschaften kommunaler Unternehmen in den Großstädten.

Abbildung 1:
Anzahl Kommunalunternehmen 2006 in Sachsen nach Wirtschaftszweigen



Inklusive kaufmännisch buchender Zweckverbände, aber ohne die 15 sächsischen Sparkassen.

Quellen: Berechnungen des IWH auf der Basis der Jahresabschlussstatistik öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen für Sachsen.

4.2 Finanzwirtschaftliche Bedeutung

Ob die kommunalen Unternehmen als alternative Einnahmequellen dienen können, hängt stark von der jeweiligen Branche ab, wie die folgende Tabelle 2 zeigt. Denn nur ein eventueller Ertragsüberschuss bzw. Gewinn der kommunalen Unternehmen bedeutet zusätzliche Einnahmen für die Kommunen.

Tabelle 2:
Ertragslage und Verschuldung der Kommunalunternehmen nach Branchen
- Sachsen 2006 -

	Anteil Betriebs- ergebnis > 0	Anteil Finanz- ergebnis > 0	Anteil Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit > 0	Ø Verbindlichkeiten pro Unternehmen in Euro
Alle (1037) ^a	63,6%	41,2%	55,3%	10 604 985
Wohnungswirtschaft (221)	79,6%	14,5%	43,0%	23 400 270
Energieversorgung (77)	80,5%	27,3%	83,1%	16 629 612
Wasserversorgung (55)	83,6%	21,8%	61,8%	25 359 481
Abwasser (71)	91,5%	14,1%	77,5%	10 744 310
Abfall (44)	61,4%	43,2%	65,9%	8 588 742
ÖPNV (26)	34,6%	46,2%	38,5%	6 408 336

^a Die Zahlen in Klammern geben die Anzahl der einbezogenen Unternehmen wieder.

Quellen: Berechnungen des IWH auf der Basis der Jahresabschlussstatistik öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen für Sachsen.

Es wird deutlich, dass mehr als die Hälfte der Unternehmen das Geschäftsjahr 2006 mit einem positiven Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit abgeschlossen hat. Dies entspricht allerdings noch keineswegs dem Unternehmensgewinn, der den Kommunen (theoretisch wenigstens) zur Verfügung steht, weil z. B. das außerordentliche Ergebnis, eventuell anfallende Ertragssteuern oder Gewinnabführungen an andere Kommunalunternehmen bzw. private Mitgesellschafter noch nicht berücksichtigt sind.

Besonders gewinnträchtig ist demnach (trotz Liberalisierung der Energiemärkte) immer noch der Bereich Energieversorgung (über 83% der Unternehmen verzeichneten ein positives Ergebnis). Die Wirtschaftszweige Wasser, Abwasser und Abfall sind zumindest mehrheitlich durch einen hohen Kostendeckungsgrad gekennzeichnet. Überwiegend mit Verlust arbeiten neben dem ÖPNV vor allem die zahlreichen kommunalen Wohnungsunternehmen. Ein noch weitgehend positives Betriebsergebnis wird bei letzteren durch das negative Finanzergebnis zunichte gemacht. Ein negatives Finanzergebnis²⁴ ist per se zwar unproblematisch, kann jedoch auf hohe Zinsbelastungen hindeuten. Die weit überdurchschnittliche Verschuldung der kommunalen Wohnungsunternehmen bestätigt diese Vermutung.²⁵

Dass die Kommunalunternehmen zumindest auf der aggregierten Ebene für ganz Sachsen mehr kosten als sie einbringen, zeigt die Berechnung in Tabelle 3. Zu diesem Zweck sind die Zahlungsströme zwischen Kernhaushalt der Kommunen und den kommunalen Unternehmen/Eigenbetrieben dargestellt. Letztere werden in der Terminologie der Jahresrechnungsstatistik üblicherweise als „kommunale Sonderrechnungen“ bezeichnet. Selbst unter der impliziten Annahme, dass sämtliche erhaltenen Gewinnanteile und Konzessionsabgaben ausschließlich von mehrheitlich kommunalen Unternehmen stammen und selbst wenn die 175 Mio. Euro „Steuern vom Einkommen und Ertrag“ den Kommunen vollständig als Gewerbesteuererinnahmen zugutekämen, bleibt unter dem Strich ein theoretischer Verlustdeckungsbedarf von etwa 322 Mio. Euro übrig. Auch wenn es für einzelne Städte und Gemeinden anders aussehen mag, in der Summe können die Erträge kommunaler Unternehmen fehlende eigene Steuereinnahmen nicht ersetzen.

In diesem Zusammenhang ist auch bedeutsam, welche verzerrte Wahrnehmung der Kommunalfinanzen unter Umständen entsteht, wenn ausschließlich die Zahlen der kommunalen Kernhaushalte zugrundegelegt werden.²⁶ Tabelle 4 verdeutlicht für Sachsen

²⁴ Das Finanzergebnis berechnet sich aus der Summe der Zinserträge, Erträge aus Beteiligungen und Wertpapieren abzüglich Zinsaufwendungen und Abschreibungen auf Finanzanlagen.

²⁵ In einem Fall betrug die Verschuldung eines kommunalen Wohnungsunternehmens (KWU) über 1 Milliarde Euro. Zusammen machten die Verbindlichkeiten der sächsischen KWU von 5,2 Milliarden Euro knapp die Hälfte der Verbindlichkeiten aller Kommunalunternehmen aus. Der etwas höhere Durchschnittswert für den Bereich der Wasserversorgung ist durch einige Ausreißerwerte bedingt, denn der Medianwert für die Wasserversorgungsunternehmen ist z. B. deutlich niedriger als der Median für den Abwasserbereich.

²⁶ Vgl. dazu auch *Junkernheinrich, Micosatt* (2008).

das Verhältnis Kernhaushalte zu kommunalen Unternehmen anhand der Indikatoren Verschuldung, Beschäftigtenzahlen und Investitionen.

Tabelle 3:
Finanzströme zwischen kommunalen Kernhaushalten und Kommunalunternehmen
- Sachsen 2006 -

	Saldo Einnahmen – Ausgaben (in Euro)
Erstattung für Ausgaben des Verwaltungshaushalts <i>von</i> (165) ^a bzw. <i>an</i> (675) kommunale Sonderrechnungen	-14 622 994
Zuweisungen, Zuschüsse für laufende Zwecke <i>von</i> (175) bzw. <i>an</i> (715) kommunale Sonderrechnungen	-333 398 974
Schuldendiensthilfen <i>von</i> (235) bzw. <i>an</i> (725) kommunale Sonderrechnungen	600 624
Zinseinnahmen <i>von</i> (205) bzw. -ausgaben <i>an</i> (805) kommunale Sonderrechnungen	-11 018 921
Gewinnanteile von wirtschaftlichen Unternehmen und aus Beteiligungen (21)	100 052 766
Einnahmen aus Konzessionsabgaben (22)	151 829 638
Zuschüsse für Investitionen, Investitionsfördermaßnahmen <i>von</i> (365) bzw. <i>an</i> (985) kommunale Sonderrechnungen	-27 635 646
Summe Saldo Einnahmen/Ausgaben von kommunalen Sonderrechnungen	-134 193 507
+ Aggregierter Jahresverlust kommunale Unternehmen (nach Steuern und Gewinnabführung/Verlustübernahme)	-362 787 125
+ Entrichtete Steuern vom Einkommen und Ertrag kommunale Unternehmen	174 975 170
Nettodeckungsbedarf für kommunale Unternehmen	≈ -322 Mio. Euro

^a Die Zahlen in Klammern bezeichnen die Gruppierungsnummer der jeweiligen Einnahme- und Ausgabearten laut Gruppierungsplan der Jahresrechnungsstatistik für Sachsen.

Quellen: Berechnungen des IWH auf der Basis der GENESIS-Onlinedatenbank des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen sowie der Jahresabschlussstatistik öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen.

Tabelle 4:
„Ganzheitliche“ Betrachtung der sächsischen Kommunalhaushalte 2006

	Kernhaushalt	Kommunale Unternehmen	Insgesamt	Anteil Kommunale Unternehmen
Verschuldung (1 000 Euro)	4 159 134	10 997 370 ^a	15 156 504	72,6%
Beschäftigte (Anzahl)	72 475	84 581 ^b	157 056	53,9%
Sachinvestitionen (1 000 Euro)	1 400 926	1 095 465 ^a	2 496 391	43,9%

^a Ohne sächsische Sparkassen. – ^b Inklusive Beschäftigte sächsische Sparkassen.

Quellen: Berechnungen des IWH auf der Basis der GENESIS-Onlinedatenbank des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen; der Jahresabschlussstatistik öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen für Sachsen sowie des Schreibens des Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverbandes vom 18.02.2010.

4.3 Bedeutung für den regionalen Arbeitsmarkt

Wie bereits an anderer Stelle erwähnt wurde, wäre es zumindest aus Sicht der Kommunalpolitik wünschenswert, wenn die kommunalen Unternehmen eine gewisse Ausgleichsfunktion am Arbeitsmarkt wahrnehmen würden. Tatsächlich sind die Kommunen und ihre Unternehmen in Sachsen bedeutsame Arbeitgeber. Laut Erwerbstätigenrechnung des Bundes waren im Freistaat im Jahr 2006 etwa 1 689 800 Arbeitnehmer beschäftigt. Wie sich anhand der Zahlen in Tabelle 4 leicht berechnen lässt, waren etwa 5% der Arbeitnehmer in kommunalen Unternehmen tätig, der gesamte kommunale Sektor beschäftigte etwa 9,3% aller Arbeitnehmer. Demnach hat auch der Stellenabbau in den Kommunalverwaltungen und kommunalen Unternehmen der – immer noch – relativ ausgeprägten Bedeutung der Kommunen für den sächsischen Arbeitsmarkt nicht wesentlich geschadet. Beispielsweise haben die sächsischen Sparkassen, nachdem deren Beschäftigtenzahlen im Jahr 1994 mit fast 14 000 Mitarbeitern ihren Höhepunkt erreicht hatten, ihren Personalbestand bis 2008 um fast 40% reduziert.²⁷ In den Kernverwaltungen wurden in Sachsen zwischen 1995 und 2006 etwa 50% des Personals abgebaut (teilweise wohl auch ausgelagert, was sich allerdings bei den kommunalen Unternehmen nicht wesentlich bemerkbar machte).²⁸ Für die in der Jahresabschlussstatistik enthaltenen kommunalen Unternehmen scheint wegen möglicherweise unvollständiger Erfassung der Grundgesamtheit in den 1990er Jahren ein sinnvoller Vergleich erst ab dem Jahr 2000 möglich, wonach sich der Beschäftigungsstand von 84 900 (ohne Sparkassen!) um über 10 000 Beschäftigte bis 2006 reduziert hätte. Ein „Beschäftigungswunder“ sind die kommunalen Betriebe folglich nicht.

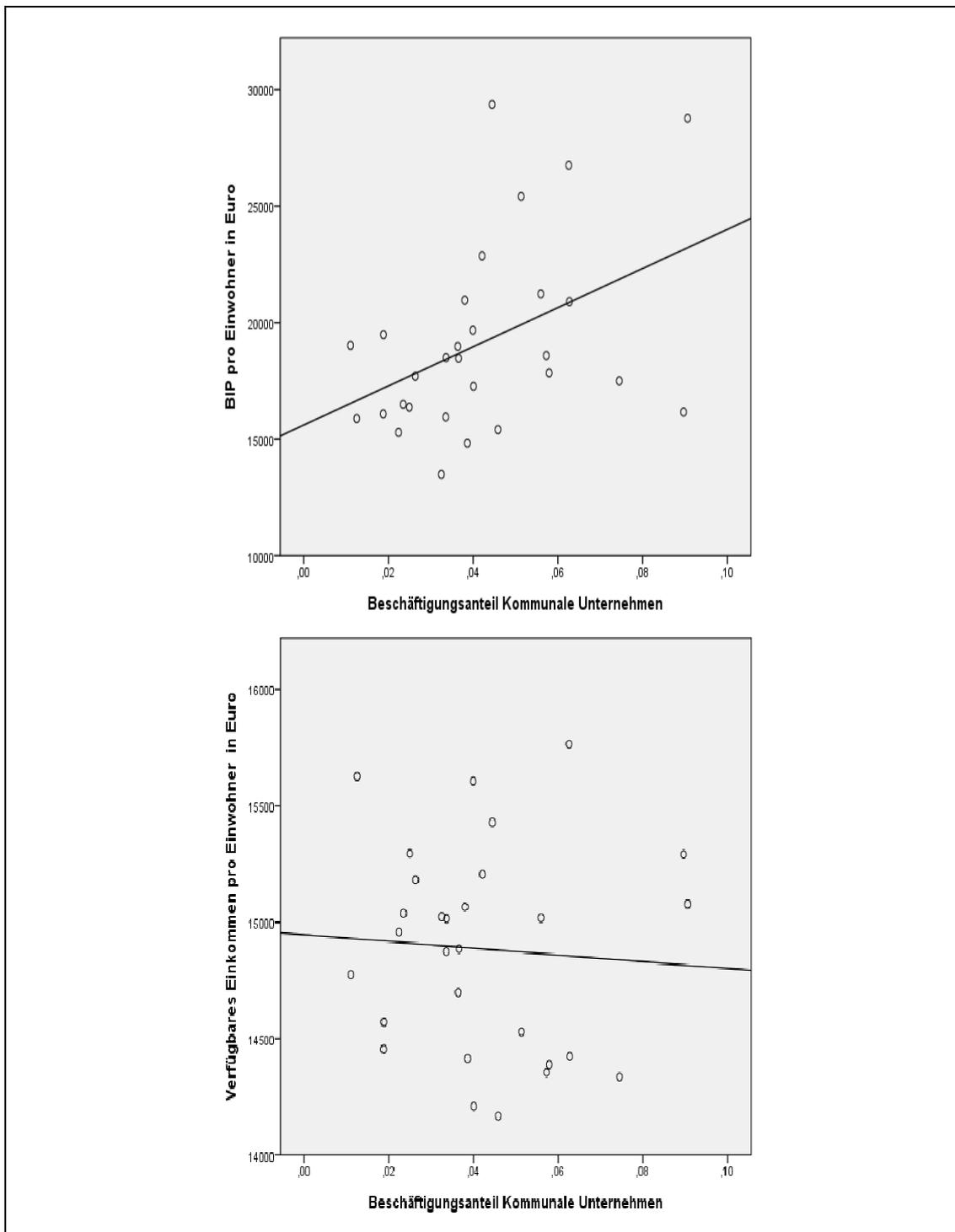
Auch eine Ausgleichsfunktion der kommunalen Betriebe zugunsten von strukturschwachen Gebieten lässt sich nicht nachweisen. Die Abbildung 2 zeigt die Streudiagramme des Beschäftigtenanteils der kommunalen Unternehmen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt und dem verfügbaren Haushaltseinkommen (jeweils pro Einwohner).

Wie die in den beiden Streudiagrammen eingefügte lineare Regressionslinie zeigt, lässt sich nur ein schwach positiver, statistisch signifikanter Zusammenhang ($R^2 = 0,18$) zwischen dem Anteil der Beschäftigten der kommunalen Unternehmen an den Arbeitnehmern des jeweiligen Landkreises/der kreisfreien Stadt und dem BIP pro Einwohner nachweisen; kein Zusammenhang besteht dagegen zwischen Beschäftigungsanteil und verfügbarem Haushaltseinkommen. Ein identischer Befund ergab sich, wenn anstelle der Beschäftigten der kommunalen Unternehmen der Anteil aller kommunalen Beschäftigten verwendet wurde, weshalb hier auf eine separate Darstellung verzichtet wird. Insgesamt konzentrieren sich die Beschäftigten der kommunalen Unternehmen wie die des kommunalen Sektors eher in wirtschaftlich leistungsfähigen Regionen. Dieses Ergeb-

27 Zahlen laut Schreiben des Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverbandes vom 18.02.2010.

28 Berechnung auf der Basis der Zahlen aus der Datenbank Easystat für Windows, Statistik regional, Ausgabe 2008.

Abbildung 2:
Beschäftigung in Kommunalunternehmen und regionale Strukturschwäche
- Landkreise und kreisfreie Städte in Sachsen, 2006 -



Quelle: Berechnungen des IWH.

nis ist zumindest naheliegend, da die größten Kommunalunternehmen in den wirtschaftlich überdurchschnittlich leistungsfähigen Großstädten und Ballungszentren anzutreffen sind.

5 Schlussfolgerungen und mögliche politische Konsequenzen

Nach der turbulenten „Rekommunalisierungsphase“ hat sich in Ostdeutschland ab Mitte der 1990er Jahre eine ähnliche Struktur der Kommunalwirtschaft herausgebildet wie in den westdeutschen Bundesländern. Allerdings kommt dem kommunalen Sektor insgesamt im Vergleich zum Westen ein größeres wirtschaftliches Gewicht zu. Neben den Problemen des demographischen Wandels sind es vor allem die finanziellen Probleme und die hohe Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland, die Anreize zur wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen bilden und damit das hohe Gewicht der Kommunalwirtschaft erklären könnten.

Eine empirische Analyse auf der Basis u. a. der Jahresabschlussstatistiken öffentlicher Unternehmen ergab aber zumindest für Sachsen, dass die kommunalen Unternehmen in der Summe (abhängig von der Branche) hoch defizitär arbeiten und folglich keine zusätzlichen Einnahmen als Substitut für die fehlenden Steuereinnahmen generieren. Die mangelhafte Finanzausstattung – nicht nur der ostdeutschen Kommunen – wird sich daher nur durch eine grundlegende Gemeindefinanzreform beheben lassen. Eine sachliche wie räumliche Ausweitung der kommunalen Wirtschaftstätigkeit ist also nicht nur wegen grundsätzlicher ordnungspolitischer und rechtlicher Bedenken, sondern auch aufgrund ihrer zweifelhaften Rentabilität abzulehnen.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die zunehmende Intransparenz der Kommunalfinanzen durch die Verlagerung von Aufgaben in Organisationseinheiten außerhalb der Kernverwaltung hinzuweisen. Wie die Befunde für Sachsen zeigten, werden zwischen 44% und 73% der Investitionen, Schulden oder Beschäftigten der Kommunen außerhalb der Kernhaushalte ausgewiesen. Als Folge dieser Intransparenz kann es zur so genannten „Fiskalillusion“ kommen, mit dem Ergebnis, dass Kommunalpolitiker oder Bürger die Einnahme- und Finanzkraft der Kommunalunternehmen überschätzen oder die tatsächlichen Kosten kommunaler Leistungen unterschätzen, was beides tendenziell ein Überangebot an bzw. eine Übernachfrage nach kommunalen Leistungen begünstigt.²⁹ Die möglichen Effizienzgewinne der Auslagerung sind außerdem gegen den Kontrollaufwand für eigennützig handelnde Manager und Bürokraten abzuwägen.

In Sachsen waren im Jahr 2006 etwa 5% der Arbeitnehmer bei kommunalen Unternehmen im engeren Sinne und etwa 9,3% im Kommunalsektor insgesamt beschäftigt. Damit sind die Kommunen trotz Beschäftigungsabbaus nach wie vor ein bedeutender Arbeit-

²⁹ Vgl. *Haug* (2009b).

geber. In den anderen ostdeutschen Bundesländern dürften die Größenordnungen ähnlich ausfallen. Allerdings zeigte sich auch, dass sich diese kommunalen Arbeitsplätze eher in den wirtschaftlich leistungsfähigeren Landkreisen und kreisfreien Städten konzentrieren. Selbst wenn ein Teil dieser Arbeitsplätze unter Umständen von Berufspendlern aus strukturschwachen Regionen besetzt werden, kann von einem gezielten Beitrag der kommunalen Unternehmen zur Erfüllung des regionalpolitischen Ausgleichsziels nicht die Rede sein. Die empirischen Befunde bestärken daher nur die grundsätzlichen Bedenken gegen Kommunalunternehmen als Instrument der Regionalförderung. Stichworte sind in diesem Zusammenhang der begrenzte Handlungsspielraum dieser Unternehmen, die mangelhafte räumliche Steuerbarkeit der kommunalwirtschaftlichen Einkommens- und Beschäftigungseffekte sowie die Divergenz zwischen regionalpolitischen und kommunalpolitischen Zielen.³⁰

³⁰ Vgl. dazu z. B. *Haug* (2009a) oder *Maußner, Kalusche* (1982).

Literaturverzeichnis

- Aehnelt, R.; Beckmann, K.; Jaedicke, W.; Meyer, U.; Reimann, B.; Vesper, J.* (2008): Evaluierung des Bund-Länder-Programms Stadtumbau Ost, <http://www.stadtumbau-ost.info/aktuelles/Evaluierungsbericht-klein.pdf>; Zugriff am 06.10.2010.
- Blankart, C. B.* (2001): Öffentliche Finanzen in der Demokratie, 4. Auflage. München.
- Cronauge, U.; Westermann, G.* (2003): Kommunale Unternehmen. Eigenbetriebe – Kapitalgesellschaften – Zweckverbände, 4. Auflage. Berlin.
- Cronauge, U.; Püttner, G.* (1998): Der Kampf der Städte um die Wiedergewinnung der kommunalen Energieversorgung, in: W. Gottschalk, G. Püttner (Hrsg.), Die Entwicklung der kommunalen Wirtschaft in den neuen Bundesländern nach 1990. Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Beiheft 24, S. 7-27.
- Döring, T.; Wohltmann, M.* (1999): Ausweitung kommunaler Wirtschaftstätigkeit aus finanzwissenschaftlicher Sicht, in: Archiv für Kommunalwissenschaften, 38. Jg., S. 45-64.
- Fritsch, M.; Wein, T.; Ewers, H.-J.* (2007): Marktversagen und Wirtschaftspolitik – Mikroökonomische Grundlagen staatlichen Handelns. München.
- Gruneberg, R.* (1998): Der Neuaufbau der kommunalen Abwasserbeseitigung in den Neuen Bundesländern – Ausgangslage, Probleme und Bestandsaufnahme, in: W. Gottschalk, G. Püttner (Hrsg.), Die Entwicklung der kommunalen Wirtschaft in den neuen Bundesländern nach 1990. Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Beiheft 24, S. 42-65.
- Haug, P.* (2003): Kommunale Unternehmen in Deutschland – Umsatz, Beschäftigung, Tätigkeitsfelder, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 13/2003, S. 362-368..
- Haug, P.* (2008): Privatisierung kommunaler Leistungen – Erfolgs- und Misserfolgskriterien für die Entstaatlichung kommunaler Leistungen, in: R. Sackmann, B. Jonda, M. Reinhold (Hrsg.), Demographie als Herausforderung für den öffentlichen Sektor. Wiesbaden, S. 163-180.
- Haug, P.* (2009a): Wie wirkt die wirtschaftliche Betätigung der Städte auf die gesamte Wirtschaftsleistung, in: P. Haug, M. T. W. Rosenfeld (Hrsg.), Neue Grenzen städtischer Wirtschaftstätigkeit: Ausweitung versus Abbau? IWH-Schriftenreihe, Bd. 30. Nomos-Verlagsgesellschaft: Baden-Baden, S. 149-170.
- Haug, P.* (2009b): Shadow Budgets, Fiscal Illusion and Municipal Spending: The Case of Germany. IWH-Diskussionspapiere 9/2009. Halle (Saale).
- Haug, P.; Deilmann, C.* (2008): Kommunale Netzinfrastruktur: Demographischer Wandel, Stadtumbau und Ersatzbedarf als künftige Kostenfallen?, in: Infrastruktur-Recht, Bd. 5 (11), S. 322-325.

- Holtmann, C.-F.* (1998): Wiederaufbau des Sparkassenwesens, in: W. Gottschalk, G. Püttner (Hrsg.), Die Entwicklung der kommunalen Wirtschaft in den neuen Bundesländern nach 1990. Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Beiheft 24, S. 113-124.
- Jenkis, H.* (1998): Kommunale Wohnungswirtschaft im Umbruch – Ziele, Probleme, Ergebnisse, in: W. Gottschalk, G. Püttner (Hrsg.), Die Entwicklung der kommunalen Wirtschaft in den neuen Bundesländern nach 1990. Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Beiheft 24, S. 152-190.
- Junkernheinrich, M.; Micosatt, G.* (2008): Kommunaler Schuldenreport Nordrhein-Westfalen, Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.), http://www.wegweiser-kommune.de/themenkonzepte/finanzen/download/pdf/Kommunaler_Schuldenreport_NRW.pdf; Zugriff am 06.10.2010.
- Karrenberg, H.; Münstermann, E.* (2007): Gemeindefinanzbericht 2007, in: Der Städte- tag 5/2007, S. 5-92.
- Komar, W.* (1997): Zum Stand des Ausbaus der kommunalen Abwasserentsorgung in den neuen Ländern, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 10-11/1997, S. 30-35.
- Maußner, A.; Kalusche, P.* (1982): Kommunale Unternehmen als Instrument der regionalen Strukturpolitik. Eine theoretische und empirische Untersuchung ihrer regionalpolitischen Wirkungen und Wirkungsmöglichkeiten. Baden-Baden.
- Mueller, D. C.* (2003): Public Choice III. Cambridge et al.
- o. A.* (2010): Gabler Verlag (Hrsg.), Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Kommunalwirtschaft, <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/9163/kommunalwirtschaft-v4.html>; Zugriff am 06.10.2010.
- Olson, M.* (1969): The principle of „fiscal equivalence“: The division of responsibilities among different levels of government, in: American Economic Review, Vol. 59, Papers and Proceedings, pp. 479-487.
- Postlep, D.* (1993): Gesamtwirtschaftliche Analyse kommunaler Finanzpolitik – Ein Beitrag zur ökonomischen Föderalismustheorie. Baden-Baden.
- Richter, P.* (2007): Die Bedeutung der kommunalen Wirtschaft – Eine vergleichende Ost-West-Analyse. Berlin.
- Riemer, A.* (2006): Wirkungen des Programms Stadtumbau Ost im Hinblick auf eine Stabilisierung der Wohnungswirtschaft, Referat im Rahmen der Veranstaltung „Stadtumbau Ost – Wohnungsmärkte auf Konsolidierungskurs?“ vom 05.04.2006. http://www.stadtumbau-ost.info/praxis/veranstaltungen/fachveranstaltung/2006/beitraege/Referat_Riemer.pdf; Zugriff am 06.10.2010.
- Schöneich, M.* (2007): Geleitwort, in: M. Schöneich (Hrsg.), Stadt-Werke – Festschrift für Gerhard Widder. Frankfurt am Main, S. 11-12.

- Scholl, R.; Thöne, M. (1998): Eigenerstellung oder Fremdbezug kommunaler Leistungen. Stuttgart.*
- Seidel, M. (1998): Neuaufbau der Trinkwasserversorgung, in: W. Gottschalk, G. Püttner (Hrsg.), Die Entwicklung der kommunalen Wirtschaft in den neuen Bundesländern nach 1990. Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Beiheft 24, S. 28-41.*
- Walter, E. (2007): Wir sind (wieder) da – Stadtwerke im Osten, in: M. Schöneich (Hrsg.), Stadt-Werke – Festschrift für Gerhard Widder. Frankfurt am Main, S. 175-177.*
- Zimmermann, H. (1999): Kommunal Finanzen – Eine Einführung in die finanzwissenschaftliche Analyse der kommunalen Finanzwirtschaft. Baden-Baden.*